

KOMMENTARE

15:31 - 02.06.2015

Deutschland-Bashing ist unredlich

THOMAS STRAUBHAAR



«Kritiker der Leistungsbilanzüberschüsse verstehen die Wirtschaft mechanistisch.»

Es ist absurd, aus dem anhaltenden Erfolg deutscher Unternehmen wirtschaftspolitische Korrekturmassnahmen abzuleiten. Der Weltmarkt ist der richtige Bezugspunkt, nicht die Eurozone. Ein Kommentar von Thomas Straubhaar.

Deutschland steht am Pranger. Sein wirtschaftlicher Erfolg, der sich im Überschuss der Leistungsbilanz spiegelt, sei Sünde, weil er die anderen Euroländer an die Wand dränge und für die Weltwirtschaft insgesamt zur Belastung werde ([so Heiner Flassbeck im Interview mit der FuW](#)). Das Deutschland-Bashing ist unredlich.

Die in der Ökonomik so beliebte Metapher, Länder wie Unternehmen zu analysieren, führt im Streit über Ursachen und Folgen von Leistungsbilanzdefiziten geradewegs in die wirtschaftspolitische Irre.

Die Kritiker der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse tun so, als würde «Deutschland» – einem Unternehmen gleich – Waren ans Ausland liefern und aus dem Ausland beziehen. Das ist schlicht falsch.

Volkswirtschaften sind keine Unternehmen. Nicht Länder, sondern Unternehmen stehen im weltweiten Konkurrenzkampf um Kunden. Nicht Staaten, sondern private Betriebe sorgen (nachhaltig) für Beschäftigung. Nicht Deutschland, sondern die Europäische Zentralbank ist für die Geldpolitik zuständig, und sie hat wirtschaftspolitisch unabhängig zu sein.

Wer Deutschland wegen des Leistungsbilanzüberschusses prügelt, unterstellt entweder, dass Deutschland dem (gescheiterten) Modell einer zentral verwalteten Planwirtschaft à la DDR folgt und die Bundesregierung die Höhe von Exporten, Importen, Ersparnissen oder Investitionen diktatorisch festlegt, oder er hat das Wesen einer Marktwirtschaft nicht verstanden.

Strafsteuer für fitte Betriebe?

Zum Autor

Thomas Straubhaar ist Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg.

In einer Marktwirtschaft gibt es das Konstrukt «Deutschland» als selbst handelnde Einheit schlicht nicht. Es sind immer nur einzelne Unternehmen oder Menschen und nicht Länder, die handeln, Güter und Dienstleistungen kaufen oder verkaufen, investieren oder sparen.

Die «Homogenisierung» von Ländern ist ein Unding. Länder sind keine einheitlichen Wirtschaftsakteure. Sie vertreten keine homogenen Interessen. Vielmehr gibt es grosse und kleine Unternehmen, multinationale Konzerne und lokale Handwerksbetriebe. Sie sind die Akteure, die mit ihrem Handeln und Tun auf immer globaler werdenden Märkten mehr oder weniger Erfolg haben.

Nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern deutsche Unternehmen müssen wettbewerbsfähiger sein als die aus- und inländische Konkurrenz. Das heisst nicht, dass es unwichtig ist, ob ein Unternehmen von Deutschland oder einem anderen Land aus aktiv ist. Die Standortwahl aber hat mit der relativen Attraktivität von Rahmenbedingungen – also politischer Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Bürokratie, Steuerbelastung und vielem anderen mehr – zu tun. Das ist eine ganz andere Diskussion als die Frage, ob «Deutschland» zu viel oder zu wenig exportiere.

Aus vielen unabhängigen Betriebsergebnissen aller deutschen Unternehmen ergibt sich für Deutschland insgesamt ein Exportüberschuss oder dass mehr gespart als investiert wird. Der Leistungsbilanzsaldo ist aber ein faktisches Ergebnis und kein Ziel, das von der Bundesregierung vorgegeben werden könnte. Deshalb ist es so absurd, nun aus dem seit Jahren anhaltenden mikroökonomischen Erfolg deutscher Unternehmen wirtschaftspolitische Korrekturmassnahmen abzuleiten.

Was soll in einer Marktwirtschaft denn gegen die herausragende weltweite Wettbewerbsfähigkeit deutscher Gesellschaften getan werden? Soll die Bundesregierung leistungsfähigen Betrieben eine Strafsteuer aufbrummen oder irgendwelche Kosten auferlegen, damit sie nicht auf der Erfolgswelle reiten, sondern gegen das Ertrinken kämpfen müssen? Das wäre genau die «Strategie der Qualitätsabsenkung», die in die Irre führt und am Ende nur Verlierer hinterlässt.

Oder soll der Staat selbst mehr investieren? Wie aber kann die Regierung wissen, wo sich Investitionen rechnen und nicht zu Bauruinen werden, die viel kosten, aber nichts bringen? Hier nur die kleine Randbemerkung, dass bei der beklagten deutschen Investitionsschwäche nur die Hardware – Anlagen, Bauten und Beton – betrachtet wird, nicht aber die riesigen Summen, die deutsche Betriebe mittlerweile in die Aus- und Weiterbildung ihrer Belegschaft investieren. Diese Anstrengungen werden in der Regel nicht unter Investitions-, sondern Arbeitskosten verbucht, müssten aber bei internationalen Vergleichen den deutschen Investitionen zugerechnet werden.

Globalsteuerung ist untauglich

Viele Kritiker der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse verstehen die Wirtschaft immer noch als mechanistisches Gebilde, das sich durch ein kluges Mastermind von oben dirigieren lasse. Zwar wird anerkannt, dass sich in der Vergangenheit eine Globalsteuerung der Wirtschaft in der Praxis als vollständig unfähig erwiesen hat, der Dynamik offener, international hoch verflochtener Volkswirtschaften auch nur einigermassen gerecht zu werden. Trotzdem wird von einer neokeynesianischen Dreifaltigkeit von Notenbank, Politik und Tarifpartnern «Big Government», eine erfolgreiche zentrale Globalsteuerung, erwartet.

Deshalb wird die in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit geübte (nun aber ohnehin durch die Realität von allein zunehmend aufgeweichte) Lohnzurückhaltung so gegeisselt und werden so vehement allgemein verbindliche Flächentarifverträge und flächendeckende staatliche Regeln gefordert.

Die Absicht, den Teufelskreis eines immer stärker werdenden deutschen Zentrums und einer immer weiter zurückfallenden europäischen Peripherie zu durchbrechen, ist ja durchaus ehrenwert. Die zwischen Deutschland und etlichen anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion klaffende Lücke der

Wettbewerbs(un)fähigkeit kann von beiden Seiten her verringert werden: Entweder werden die Schwachen stärker oder die Starken schwächer.

Die zweite Strategie wird in der ökonomischen Literatur als «Steigerung der Kosten der Wettbewerber» bezeichnet. Gemeint ist, dass der Laufschwache nicht besser werden will, sondern mit allerlei Tricks versucht, den überlegenen Konkurrenten Knüppel zwischen die Beine zu werfen, um so eine Chance zu haben, im Wettkampf zu halten. Die Medizin einer «Steigerung der Kosten der Wettbewerber» führt aber nicht zu einer Lösung, sondern zu einer Verschärfung des Problems.

Den Starken schwächen hilft keinem

Deutschland weniger wettbewerbsfähig zu machen, damit die anderen Euroländer (besser wäre: Unternehmen aus anderen Euroländern) mithalten können, hilft niemandem. Auch nicht den Schwachen. Eine Steigerung der deutschen Arbeitskosten – etwa durch höhere Löhne – könnte zwar zu einer Kostenannäherung innerhalb der Eurozone führen, jedoch ist die Eurozone nicht der richtige Bezugspunkt.

Der Weltmarkt ist der Massstab. Europäische Länder spielen nicht um die Europameisterschaft. Sie müssen um den Weltcup kämpfen, oder sie werden das Spiel gegen Teams ausserhalb Europas verlieren und den Markt verlassen müssen – nicht nur auswärts, sondern auch zu Hause.

Es bleibt somit dabei: Dem Deutschland-Bashing fehlt jegliche Basis. Die Ankläger wollen andere nicht besser, sondern deutsche Unternehmen schlecht(er) machen. Die Strategie der Kostenerhöhung und/oder der Qualitätsabsenkung ist kein Erfolgsrezept. Sie führt langfristig zum Abstieg aller – nicht nur deutscher, sondern auch europäischer Unternehmen. Das aber kann weder für Deutschland noch für Europa ein vernünftiges Ziel sein.